

**Grußwort**  
**des Oberbürgermeisters**  
**beim Aktionstag „Reformen statt Kahlschlag“**  
**am 7. November 2003**  
**in der Meistersingerhalle**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sicher haben sich viele von Ihnen gefragt, was das soll:

eine kombinierte Personal- und Mitarbeiterversammlung für alle städtischen Beschäftigten – ein Mordsaufwand, schließlich bewegt sich da eine Menge Menschen von der Größe einer Kleinstadt.

Überall in ganz Deutschland finden in vielen großen Städten heute ähnliche Versammlungen statt im Rahmen der bundesweiten Aktionstage der deutschen Städte.

Das Problem ist überall das gleiche – überall, das heißt in großen wie in kleinen Städten, in schwarz regierten wie in rot regierten: Das Geld ist aus.

Ach – wird mancher sagen – das hören wir doch schon seit 20 Jahren, seit Urschlechters Zeiten.

So ernst wie heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, war die Lage seit dem Krieg nicht mehr.

Den deutschen Städten fehlen mehr als 10 Milliarden Euro, alleine im Jahr 2003. Die Ursachen dafür liegen in der schlechten Konjunktur, in betrieblichen Einzeleignissen und in der Steuergesetzgebung. Und genau die kann man in Berlin beeinflussen. Die Ursachen liegen nicht etwa in maßlosen Ausgaben. Wir sind seit Jahren schon recht sparsam.

Es ist heute so, dass die Körperschaftssteuer, die zentrale Steuer der Kapitalgesellschaften – das waren mal 60, 70 Milliarden Mark und geht heute gegen Null –, weniger einbringt als die Tabaksteuer. Das heißt: Die Raucher zahlen mehr für den Staat als die großen internationalen Konzerne. Das darf nicht sein und darf auch nicht so bleiben. Wer am

Standort Deutschland gutes Geld verdient, der muss hier auch Steuern zahlen, wie jeder Handwerker, jeder Mittelständler, wie wir alle.

Es fehlen den Städten 10 Milliarden Euro – eine Zahl, die man sich kaum vorstellen kann. Aber diese 10 Milliarden Euro sind fast die Hälfte der Gewerbesteuereinnahmen in Deutschland – und das ist die wichtigste unserer Steuern.

Für Nürnberg heißt das: Es fehlen über 200 Millionen Euro in einem Haushalt von rund 1,5 Milliarden.

200 Millionen Euro – das ist rund das Siebenfache aller unserer Zuschüsse an Verbände, Vereine und Institutionen im Bereich Sport, Umwelt, Kultur, Soziales.

200 Millionen Euro – das ist aber auch der Gegenwert von rund 5 000 Stellen, also rund die Hälfte aller bei uns Tätigen.

Darum sind wir hier, Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Sache, die nicht nur mich angeht, die sich nicht dadurch regelt, dass ich hier mal ein Interview gebe und da mal ein Protestschreiben absetze.

Die Einnahmeausfälle – und nur da liegt die Ursache, denn viel ausgegeben tun wir schon seit Jahren nicht mehr – berühren, wie man so sagt, den Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung. Diesmal geht's ans Eingemachte.

Die Einnahmeausfälle berühren uns alle, die Beschäftigten der Stadt und natürlich die Bürgerschaft.

Ich freue mich immer besonders über die vielen selbsternannten Experten in Talk Shows, die meinen, im öffentlichen Dienst könne man locker jeden Zweiten einsparen, ohne dass es einer merkt.

Beispiele gefällig?

Die Hälfte aller Krankenschwestern weg	– eine Katastrophe im Klinikum,
die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer weg	– Klassenstärke von 60 Kindern und mehr,
die Hälfte aller Erzieher weg	– 50 Kinder in einer Kindergartengruppe,

die Hälfte aller Müllwerker weg	– überquellende Abfallbehälter, „tanzende Ratzen“ in der Stadt,
die Hälfte aller Feuerwehrleute weg	– schauen wir halt mal nach einer dreiviertel Stunde vorbei, wenn's brennt,
die Hälfte aller Einwohneramts- kollegen weg	- da muss man seine Reise halt gut planen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beispiele ließen sich noch eine ganze Zeit fortführen. Sie betreffen fast alle Bereiche der Stadt. Deshalb sind wir heute hier. Deshalb, weil in einer Stadtverwaltung nun mal die meisten im „operativen Geschäft“ sind, Dienst am Bürger leisten.

Wo stehen die Kommunen im doch recht unübersichtlichen Staate Deutschland: Von 1 Euro Steuern, der eingenommen wird, bekommen wir 10,5 Cent. Das waren auch schon mal 15 Cent.

Von diesen 10,5 Cent macht die Stadt alles für die Menschen: von der Geburt im städtischen Krankenhaus über die Zeit im städtischen Kindergarten, während der Schulzeit in einem städtischen Schulgebäude fährt der Mensch mit einem VAG-Bus durch die Stadt, er heiratet auf dem Standesamt, besucht Jugendfreizeitheime, Kulturläden, Bäder, Theater, Museen und wird – ganz am Ende – auf einem städtischen Friedhof bestattet. Alles kommunale Leistungen. Das kann man nicht einfach halbieren.

Das ist für die Nürnbergerinnen und Nürnberger alles selbstverständlich, aber durch die Haushaltsentwicklung gefährdet.

Um darauf hinzuweisen, sind wir hier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl manchmal der Eindruck vorherrschen mag, in Berlin geschieht nichts, sind genau in diesen Tagen eine Reihe von Gesetzen und Ideen auf dem Weg, die alle tief in unseren Taschen herumwühlen:

- Gemeindefinanzierungssteuergesetz des Bundestags und  
(dem teilweise widersprechend)

- Soforthilfegesetz für die Kommunen des Bundesrates, da geht es um 3 bis 4 Milliarden Euro,
- Hartz IV, also die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Bundestag, und (dem völlig widersprechend)
- Existenzgrundlagengesetz im Bundesrat, da geht es übrigens auch um 10 Milliarden Euro für die Kommunen,
- Steuervergünstigungsabbaugesetz und der Steinbrück-/Koch-Vorschlag zum Subventionsabbau, da geht es um 2 bis 3 Milliarden Euro für die Kommunen,
- das Vorziehen der Steuerreform, da geht es um rund 2 Milliarden Euro für die Gemeinden, denn auch die müssen wir zu 15 Prozent mitbezahlen – mindestens.

Wir sind immer betroffen, aber nie dabei, wenn verhandelt wird. Deshalb sind wir heute hier und deshalb haben wir Aktionstage in ganz Deutschland.

Wie geht's weiter? Wo geht's hin? Ich weiß es nicht genau, sonst hätte ich prophetische Gaben.

Es wird Beschlüsse und Ablehnungen im Bundestag und Bundesrat geben und dann kommt es zum Vermittlungsausschussverfahren. Dort sitzen dann Vertreter beider Kammern – natürlich wieder ohne uns – zusammen und schmieden nicht-öffentlich Kompromisse.

Erstens sind solche Vermittlungsausschusskompromisse selten besonders schöne Gesetze. Zweitens: Wer nicht mit am Tisch sitzt, ist selten der Gewinner.

Trotzdem: Ich erwarte schon, dass die Kommunen am Ende mehr Geld haben werden – aber sicher nicht so viel, wie wir bräuchten. Das heißt: Das Sparen wird weitergehen. Ich hätte Ihnen gerne etwas anderes versprochen, aber das geht leider nicht.

Auch nach bald 20 Jahren von Aufgabenkritik und Sparrunden führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass wir weitermachen müssen.

„Wir“ heißt wir alle. Haushaltskonsolidierung ist nicht das Privatvergnügen des Kämmerers oder von mir, das geht uns alle an. Die Referate, Dienststellen, Abteilungen, Eigenbetriebe, alle. Und natürlich den Stadtrat.

Das müssen wir tun, um unseren öffentlichen Auftrag aufrechterhalten zu können, um für die Nürnberger Bürgerschaft die notwendigen Leistungen – auch mit weniger Geld – erbringen zu können.

Wir sollten aber auch noch aus einem anderen Grund alle daran interessiert sein, eine gute, preiswerte und wirtschaftliche Stadtverwaltung zu sein: Der öffentliche Dienst hat nämlich in Deutschland nicht so arg viele Freunde, eine geringe gesellschaftliche Akzeptanz. Auch wenn ich das für ungerechtfertigt halte, es ist so.

Denkt bitte an die Bundesanstalt für Arbeit. Dort hat die an sich läppische Frage, wann in welcher Spalte der Statistik ein Strich gemacht wurde, einen Riesenskandal ausgelöst und eine Zeit lang konnten Politiker und Medien gar den Eindruck erwecken, die 90 000 Kolleginnen und Kollegen dort hätten 40 Jahre lang alle nichts gearbeitet. Das Eis ist dünn.

Wir müssen den öffentlichen Dienst, also auch die Nürnberger Stadtverwaltung, reformieren, um sie zu erhalten. Wer sich nicht bewegt, schafft sich irgendwann selber ab.

Sich bewegen müssen heißt: Es kann mal neue Abteilungen und Ämter geben, es kann mal eine gemeinsame Aufgabenerledigung mit Fürth, Erlangen oder Schwabach geben, es kann auch mal sogar ein Arbeitsplatz in einer der Nachbarstädte sein. Es kann mal Mehrarbeit sein, es kann mal eine neue Aufgabe sein.

Aber: Niemand muss um seine Arbeit bei der Stadt bangen. Ich stehe ohne Wenn und Aber zur Rahmenvereinbarung, bei uns wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Angst der Beschäftigten ist eine schlechte Basis für Reform. Und für die Reform der Stadtverwaltung brauche ich, brauchen wir Sie alle.

Trotzdem: Wenn alles so bleiben soll, wie es ist, muss vieles anders werden.

Was heißt das? Was soll bleiben? Ich wünsche mir eine Stadtverwaltung,

- > die Dienstleistungen schnell erbringt, zum Beispiel gegenüber der Wirtschaft,
- > die leistungsfähig und bürgerorientiert ist,
- > die ein vielfältiges Angebot hat:  
Krankenhaus und Kultur,  
Feuerwehr und Jugendfreizeitheim,  
Passamt und Kindergarten,
- > die auch ihre öffentliche Infrastruktur öffentlich hält – Strom, Wasser,  
Abwasser, Stadtreinigung, Wohnungsbau – Werte, die die Nürnbergerinnen und  
Nürnberger über Jahrzehnte aufgebaut haben,

mit anderen Worten: eine starke Stadtverwaltung, denn nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten.

Ich möchte, dass wir in Nürnberg allen eine Chance geben können: dem türkischen Mädchen, dem 20-jährigen Arbeitslosen, der allein erziehenden Mutter oder den gestrandeten Seelen. Ich möchte keine Ellbogengesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

glauben Sie an „Ihre Stadt“ und kämpfen Sie für sie. Das versuche ich auch Tag für Tag. Es ist unsere Stadt. Wir haben in Nürnberg das Zeug dazu, auch weiterhin in vielen Bereichen vorne dabei zu sein.

Auch deshalb sind wir heute hier. Fast jeder Mensch in Deutschland – das heißt, auch jeder Bundes- und Landtagsabgeordnete – wohnt in einer Gemeinde.

Deshalb geben wir Laut und machen auf uns aufmerksam. Sagen wir es ihnen klar und deutlich: Wir haben die klare Erwartung, dass das gegenseitige Blockieren in Berlin aufhört und endlich vernünftige Gesetze gemacht werden.

Aber das wird nicht reichen, wir müssen weiter sparen. Das wird nicht leicht, aber wenn's leicht wäre, dann könnte es ja jeder.

Es gilt aber auch: Wem das Wasser bis zum Hals steht, der darf den Kopf nicht hängen lassen.